

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Karen Haltaufderheide-Uebelgünn (KV Ennepe-Ruhr)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 468 bis 478:

Behandlung und Pflege – wollen wir verbessern und vereinfachen, damit Betroffene niedrigschwellig und schnell Zugang zu Leistungen erhalten. ~~Dazu gehört es auch, insbesondere die Schnittstelle zur Pflegeversicherung wollen wir neu gestalten. Unser Ziel ist, dass Menschen mit Behinderung unabhängig von ihrem Wohnort die Pflegeleistungen erhalten, die sie benötigen. Grundsätzlich muss~~ die Durchsetzung sozialrechtlicher Ansprüche auf Teilhabe bei Behörden und Gerichten ~~zu beschleunigen~~ beschleunigt werden. Die Freistellung von Einkommen und Vermögen ist unser erklärtes Ziel. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung selbst entscheiden können, wo und wie sie wohnen. Auch deshalb wollen wir den Ausbau inklusiver Wohnformen vorantreiben und fördern und die Beratung dazu verbessern. Hierzu gehört auch eine inklusive kommunale Sozialraumplanung. Hürden, die das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderung einschränken, wollen wir ~~abbauen~~ beseitigen. Deshalb stärken wir das persönliche Budget als wichtige Instrument der Selbstbestimmung, mit dem Menschen mit Behinderung anstatt Dienst- oder Sachleistungen Geldleistungen oder einen Gutschein erhalten. ~~Wir gehen weitere Schritte bei der Freistellung von Einkommen und Vermögen.~~

Begründung

Die aktuelle Schnittstelle von Eingliederungshilfe und Pflege erschwert mit ihrer Deckelung des Anspruchs auf Pflegeleistungen in besonderen Wohnformen eine den persönlichen Bedarfen angemessene Pflegeleistung. Das wollen wir ändern.

Mit dem SGB IX sollte eine Herauslösung der Eingliederungshilfe aus der Sozialhilfe erfolgen. Deshalb ist es konsequent, Ansprüche ohne Vermögensprüfung zu gewähren. Tatsächlich ist der Anteil vermögender Menschen mit Behinderung so gering, dass der Aufwand zur Vermögensprüfung dazu in keinem Verhältnis steht.

weitere Antragsteller*innen

Martina Müller (KV Hochsauerland); Jens Steiner (KV Borken); Gertrud Welper (KV Borken); Christian Schulz (KV Steinfurt); Maja Becker (KV Borken); Wolfgang Gurowietz (KV Dortmund); Lisa Geißler (KV Steinfurt); Helle Sönnecken (KV Hochsauerland); Nadine Hartwich (KV Siegen-Wittgenstein); Joachim Hood (KV Bielefeld); Stefanie Ring (KV Coesfeld); Marian Husmann (KV Warendorf); Burkhard Wüllscheidt (KV Gelsenkirchen); Norbert Ostermann (KV Warendorf); Ali Bas (KV Warendorf); Martina Hoffmann-Badache (KV Solingen); Ulrich Kathöfer (KV Münster); Ulrich Nicklaus (KV Steinfurt); Verena Nützmann (KV Steinfurt); sowie 33 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.